

Haushaltsrede 2011

Die **Haushaltskrise** der Stadt war noch nie so groß wie in diesem Jahr. Hierfür steht das Defizit von 6. Mio. €. In einer solchen ernstesten Situation ist es mehr als richtig und notwendig, die **Ruhe** zu bewahren. Die Beratungen in den Gremien des Rates haben dieser Anforderung im Wesentlichen entsprochen. Dies begann mit der gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen an die Landesregierung, die die Kürzung der Schlüsselzuweisungen fraktionsübergreifend zurückgewiesen hat und sie hat sich auch in den Sachberatungen zum Haushaltsentwurf wiedergespiegelt, die in sachlichen Überlegungen, was zu tun ist, mündeten.

Wie ist die **finanzielle Lage** zu beschreiben:

Wir haben als Gebietskörperschaft die Umverteilung bei den **Schlüsselzuweisungen** hinzunehmen und wir müssen uns darauf einrichten, dass die Situation in den nächsten Jahren noch schlechter wird. Der **Regierungspräsident** persönlich hat hierauf hingewiesen, aus allen Richtungen ist diese Botschaft zu hören.

Trotzdem sind wir verpflichtet, uns **politisch** gegen diese Entwicklung zu stemmen. Der Rat hat in seinem Schreiben an

die Landesregierung seine Auffassung dargelegt, dass diese Art der Umverteilung nicht hinnehmbar ist und dass, so sieht dies unsere Fraktion, die **Klage** der Münsterlandgemeinden gegen diese Politik die richtige Antwort ist. Das Engagement des Bürgermeisters ist zu begrüßen und verdient unsere volle Unterstützung. Unabhängig vom juristischen Verfahren wird die Klage politische Wirkung haben.

In der Sache habe ich Verständnis, dass das Land den völlig verschuldeten Städten **helfen** will. Dies kann jedoch nicht auf dem Wege geschehen, dass die Gemeinden und Städte, die selbst keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt seit Jahren haben, zu reichen Gemeinden stilisiert werden und ebenfalls in die Verschuldung getrieben werden. Zugleich werden seitens der Landesregierung Geschenke gemacht, die in weiten Bereichen nicht nachzuvollziehen sind.

Bei dieser **Ausgangslage** , also Kürzung der Schlüsselzuweisungen und Erwartung weiterer Belastungen, kann die Devise nur sein,

Ausgaben vermindern und **Investitionen** streichen oder verschieben, sowie die **Einnahmeseite** der Stadt zu verbessern. Es gilt der Satz:

Es kann nur das Geld ausgegeben werden, das man hat.

§ 1 GemO: Die Gemeinden fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe. Sie handeln zugleich in Verantwortung für die zukünftigen Generationen. Dies kann nur bedeuten, keine Ausgaben zu tätigen, die man jetzt nicht bezahlen und auch absehbar nicht bezahlen kann.

An dieser Stelle befinden wir uns. Natürlich führt dies dazu, dass die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger steigen, die Leistungen der Kommune werden und sind herunterzufahren.

Den Bürgerinnen und Bürgern ist zu sagen:

Die Bürger haben diese politischen Verhältnisse gewählt und diese Regierung ermöglicht. Sie müssen dann auch mit deren Politik auf der kommunalen Ebene leben.

Was heißt dies nun konkret für den Haushaltsentwurf 2011 für die Stadt Lüdinghausen:

Die **Haushaltskonsolidierung**, der der Rat sich verschrieben hat, hat im letzten Jahr gewisse Erfolge gebracht. Immerhin war der letzte Haushalt ausgeglichen, wenn auch nur für ein Jahr. Die hohen Gewerbesteuerereinnahmen haben jedoch verdeckt, dass strukturell der Haushaltsausgleich noch lange nicht erreicht war. Die hohen Steuereinnahmen mussten über den Ausgleich bei den Schlüsselzuweisungen zu einer Belastung in diesem Jahr führen. Diese Situation ist durch die Veränderung der Bemessung für die Schlüsselzuweisungen und die Mehrbelastung für das Hallenbad deutlich verschlechtert worden. Der **Konsolidierungsbedarf** ist erheblich größer geworden. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die städtischen Sparbemühungen weiter zu verschärfen, zumal die Ausgleichsrücklage wohl in diesem Jahr voll verbraucht wird. Zugleich ist durch Steuer- und Gebührenerhöhungen die Einnahmeseite zu verbessern.

Die Koalition aus CDU und FDP hat dieser Situation in ihrem Antrag zur Haushaltsverabschiedung deshalb folgende Eckpunkte vorgeschlagen, die im Wesentlichen von allen Fraktionen auch mitgetragen werden könnten:

1. Die Aufnahme von Krediten im Jahr 2011 entfällt. Die städtischen Verbindlichkeiten werden wie geplant weiter abgesenkt.

Diese Entscheidung ist sicherlich ein wichtiges Signal, weil der Rat zu erkennen gibt, dass keine Belastung für die Zukunft erfolgen soll.

Die Kehrseite ist allerdings, dass viele notwendige Investitionen verschoben werden müssen. Beispielhaft seien hier aufgeführt:

Die Ansätze für

Neustraße

Mollstraße

Ammonitenstraße

Ginsterweg

Bestuhlung Realschule

Grüne Schleuse

Klosterstraße

Marktplatz.

Gekürzt wird der Ansatz bezüglich der Einrichtung des Antonius Gymnasiums um die bereits im Schulausschuss vorgeschlagenen 30.000 €.

Der Ansatz für den Schulhof Hauptschule wird um 470.000 € gekürzt und im Übrigen mit einer Verpflichtungsermächtigung für 2012 versehen.

2. Bei den Positionen Aufwand für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeilen 13, 15, 16 des Gesamtergebnisplans) sind insgesamt weitere 500.000 € einzusparen.

Im letzten Jahr wurde dieser Schritt sehr kritisch gesehen. Die Ist-Ergebnisse des Jahres 2010 haben jedoch gezeigt, dass unsere Auffassung richtig war und die Forderungen von Einsparungen durch die Verwaltung noch übertroffen worden sind.

Wir wissen, dass diese **Sparbemühungen** beim Aufwand auf **Dauer** nicht ausreichen. In unserer Fraktion gab es erhebliche Stimmen, die eine deutlichere Sparanstrengung schon in diesem Jahr verlangt haben. Diese Forderung wurde vor allem daran festgemacht, dass in den beiden letzten Haushaltsjahren nach den Ist-Ergebnissen, der Aufwand deutlich niedriger gelegen hat, als die Ansätze für dieses Jahr. Hier kann also

tatsächlich die Chance bestehen, weitere Einsparungen zu realisieren.

Die Mehrheit in der Koalition hat sich jedoch dafür entschieden, auf die wachsende Sparsicht in der Verwaltung zu setzen. Aber ich will nicht verhehlen, dass wir möglicherweise bereits beim nächsten Haushalt – ohne Ausgleichsrücklage – das Niveau der 2009 und 2010 er Aufwandsansätze unterschreiten müssen.

3. Weiter soll die Erstellung des Demographie-Prozesses mit einem Sperrvermerk versehen werden, um zu prüfen, ob die Ausgabe um ein Jahr verschoben werden kann, so dass weitere 28.000 € eingespart werden könnten (Teilergebnisplan Förderung der freien Wohlfahrt Zeile 13 S. 276).

4. Wir tragen die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Steuererhöhungen und Anhebungen der diversen Gebühren mit. Ich darf auch für unsere Fraktion sagen, dass wir den zweiten Schritt der Steuererhöhungen im nächsten Jahr mitgehen werden, da er notwendig sein wird.

Soweit Gründe und UWG schon jetzt den zweiten Schritt vollziehen wollten, ist dies sicherlich ein vertretbarer Ansatz. Wir meinen jedoch im Hinblick auf die späte Verabschiedung des Haushalts und der damit verbundenen Rückwirkung der Erhöhung, dass wir dem Verfahren des Bürgermeisters zustimmen sollten.

5. Außerdem soll der Rat nach der Vorlage des Ergebnisses der überörtlichen Prüfung durch die GPA im Laufe des Jahres durch eine interfraktionelle Gruppe in Anknüpfung der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung überprüfen, inwieweit durch strukturelle Veränderungen weitere Einsparungen im Haushalt der Stadt möglich sind.

Auf dieser Basis wird die CDU Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen. Hierbei ist darauf hinzuweisen: auch wenn die Kürzungen schmerzlich sind, dürfen wir nicht verkennen, dass weiterhin viele Aktivitäten in der Stadt weitergefahren werden können.

Ansprechen möchte ich noch folgendes:

So verbleiben Investitionen, ich nenne beispielhaft

Mariengrundschule

St Antonius Gymnasium

Beginn der Sanierung des Schulhofes an der Hauptschule

U 3 Betreuung am Monika Kindergarten

**Hier wird dieses Jahr eine Verpflichtungsermächtigung
eingestellt.**

Für die wirtschaftliche und damit verbunden auch finanzielle
Zukunft ist im Übrigen darauf zu verweisen, dass der Erwerb
von

Gewerbeflächen und

Bauland – Seppenrade, Lüdinghausen Stadtfeldstraße

Stadtfeld

Chancen eröffnet, die auch in den folgenden Jahren aufgrund
zu erwartender Käuferlöse Investitionen ermöglichen wird.

Hallenbad

Diese wichtige Einrichtung der Stadt, die endlich wieder in der
Spur ist,, muss auch aus fiskalischen Erwägungen optimal

geführt werden. Bürgermeister und Rat sind im Aufsichtsgremium der Badgesellschaft. Entscheidend wird es darauf ankommen, dass der Zuschuss nicht nur nicht weiter aufläuft, sondern dass es gelingt, diesen auf Dauer zu senken. Wir alle können nur werben, dass die Unterstützung, die dem Bad entgegengebracht worden ist, als es geschlossen war, sich auch zur Zeiten der Öffnung zeigt.

Eröffnungsbilanz

Hier bemühen wir uns intensiv, durch eine Abänderung der Eröffnungsbilanz für die Ausgleichsrücklage weiteren Spielraum zu erreichen. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Immerhin ist der Versuch die Mühe wert, die bereits bis jetzt insoweit investiert worden ist.

Personalentwicklung

Die Kosten für das städtische Personal sind beispielhaft in den letzten Jahren begrenzt worden. Dieser Weg ist einzuhalten. Auf Dauer, und dies wird in der Verwaltung auch so gesehen, werden wir nicht umhin können, auch hier weitere Einsparungen zu erzielen. Nicht weil wir es wünschen, sondern weil wir es müssen.

Problembereiche

Leistungsporthalle

Diese hat zur Voraussetzung:

Investitionskostenzuschuss für die Mehrinvestitionen

Vertrag über den Unterhaltskostenmehraufwand

Werden diese Voraussetzungen nicht eingehalten, wird die Halle nicht kommen. Bzgl. der Planungen ist sicherzustellen, dass im Falle eines Scheiterns der Planungsaufwand im Wesentlichen für die im Übrigen notwendige Dreifachturnhalle zu verwenden ist.

Parkgebühren

Das Gesamtkonzept ist mit den Kaufleuten abzustimmen, wobei jedoch der Haushaltsansatz zu halten ist.

Borgumgestaltung

Hier ist unsere Fraktion der Auffassung, dass nach der Umplanung und der Beratung im Fachausschuss zum einen weiterer Beratungsbedarf ist. Dieser bezieht sich auf Überlegungen, wie der Verkehr in diesem Bereich reduziert und

zugleich verlangsamt werden kann, sowie auf Verbesserung auf der Seite jenseits der Stever vom Rathaus aus gesehen.

Unsere Fraktion hat auch weiterhin bedenken, ob die Maßnahme finanzierbar ist.

Sie kann sich jedoch vorstellen, dass bei Beteiligung dritter Sponsoren und Eigenleistungen des Bauhofes eine Realisierung denkbar sein könnte.

Wir beantragen deshalb für diese Haushaltsposition einen Sperrvermerk, um nach einer weiteren Beratung im Bauausschuss, dann abschließend entscheiden zu können.

§ 75 GemO: Der Haushalt ist ausgeglichen, wenn das Defizit durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich ist.

Die CDU Fraktion wird auf der Basis ihres Abänderungsantrages dem Haushalt zustimmen.